

Hauptsatzung

Gemeinde Remshalden

Rems-Murr-Kreis

Inhaltsverzeichnis

I.	Form der Gemeindeverfassung	3
§ 1	Gemeinderatsverfassung	3
II.	Gemeinderat	3
§ 2	Rechtsstellung, Aufgaben und Zuständigkeiten	3
§ 3	Zusammensetzung.....	3
III.	Ausschüsse des Gemeinderats	3
§ 4	Beschließende Ausschüsse	3
§ 5	Allgemeine Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse	3
§ 6	Beziehungen zwischen Gemeinderat und beschließenden Ausschüssen	4
§ 7	Verwaltungsausschuss	4
§ 8	Technischer Ausschuss.....	5
§ 9	Ältestenrat	6
§ 9 a	Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum	6
IV.	Bürgermeister.....	6
§ 10	Rechtsstellung	6
§ 11	Zuständigkeiten.....	7
V.	Stellvertretung des Bürgermeisters	8
§ 12	Stellvertreter des Bürgermeisters.....	8
VI.	Einwohnerversammlung	8
§ 13	Durchführungsbestimmungen.....	8
§ 14	Benennung der Ortsteile	8
VII.	Schlussbestimmungen.....	8
§ 15	Inkrafttreten	8

Aufgrund des [§ 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg](#) - GemO – hat der Gemeinderat am 13.12.2010 folgende Hauptsatzung beschlossen (mit Änderung vom 21.07.2014, 16.4.2018, 1.7.2019, 15.12.2020, 27.10.2021 und 24.2.2025):

I. Form der Gemeindeverfassung

§ 1 Gemeinderatsverfassung

Verwaltungsorgane der Gemeinde sind der Gemeinderat und der Bürgermeister.

II. Gemeinderat

§ 2 Rechtsstellung, Aufgaben und Zuständigkeiten

Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Gemeinderat den Ausschüssen oder dem Bürgermeister bestimmte Angelegenheiten übertragen hat oder der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist. Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Gemeindeverwaltung für deren Beseitigung durch den Bürgermeister.

§ 3 Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Mitgliedern (Gemeinderäte).

III. Ausschüsse des Gemeinderats

§ 4 Beschließende Ausschüsse

- (1) Es werden folgende beschließende Ausschüsse gebildet:
 - 1.1. der Verwaltungsausschuss,
 - 1.2. der Technische Ausschuss,
der Technische Ausschuss bildet auch gleichzeitig die beiden Betriebsausschüsse
 - 1.3. der Betriebsausschuss der Gemeindewerke Remshalden
 - 1.4. der Betriebsausschuss der Abwasserbeseitigung Remshalden
- (2) Der Verwaltungsausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und 11 weiteren Mitgliedern des Gemeinderates. Der Technische Ausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und 11 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats. Der Technische Ausschuss ist zugleich der Betriebsausschuss der Eigenbetriebe „Gemeindewerke Remshalden“ und „Abwasserbeseitigung Remshalden“.
- (3) Für die weiteren Mitglieder der Ausschüsse werden Stellvertreter bestellt, welche diese Mitglieder im Verhinderungsfall vertreten.

§ 5 Allgemeine Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse

- (1) Die beschließenden Ausschüsse entscheiden im Rahmen ihrer Zuständigkeit selbständig an Stelle des Gemeinderats.
- (2) Den beschließenden Ausschüssen werden die in den §§ 7 und 8 bezeichneten Aufgabengebiete zur dauernden Erledigung übertragen. Ist zweifelhaft, welcher Ausschuss im Einzelfall zuständig ist, ist die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses gegeben.
- (3) Die beschließenden Ausschüsse sind innerhalb ihres Geschäftskreises zuständig für:

- 3.1. die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 50.000 €, aber nicht mehr als 150.000 € beträgt;
 - 3.2. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 10.000 €, aber nicht mehr als 100.000 € im Einzelfall.
 - 3.3. die Entscheidung über die Ausführung von Lieferungen und Leistungen, sowie die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (Vergabebeschluss) bis zu einer Vergabesumme von 150.000 € im Einzelfall.
- (4) Soweit sich die Zuständigkeit der beschließenden Ausschüsse nach Wertgrenzen bestimmt, beziehen sich diese auf den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag.

§ 6 Beziehungen zwischen Gemeinderat und beschließenden Ausschüssen

- (1) Wenn eine Angelegenheit für die Gemeinde von besonderer Bedeutung ist, können die Ausschüsse die Angelegenheit mit den Stimmen eines Viertels aller Mitglieder dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreiten.
- (2) Der Gemeinderat kann den beschließenden Ausschüssen allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, jede Angelegenheit an sich ziehen oder Beschlüsse der beschließenden Ausschüsse, solange sie noch nicht vollzogen sind, ändern oder aufheben.
- (3) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, sollen dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Auf Antrag des Vorsitzenden oder einer Fraktion oder eines Sechstels aller Mitglieder des Gemeinderats sind sie dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zu überweisen.
- (4) Der Gemeinderat kann Angelegenheiten, die die Aufgabengebiete verschiedener Ausschüsse berühren, selbst erledigen. Die Zuständigkeit des Gemeinderats ist anzunehmen, wenn zweifelhaft ist, ob die Behandlung einer Angelegenheit zur Zuständigkeit des Gemeinderats oder zu der eines beschließenden Ausschusses gehört.
- (5) Widersprechen sich die noch nicht vollzogenen Beschlüsse zweier Ausschüsse, so hat der Bürgermeister den Vollzug der Beschlüsse auszusetzen und die Entscheidung des Gemeinderats herbeizuführen.

§ 7 Verwaltungsausschuss

- (1) Der Geschäftskreis des Verwaltungsausschusses umfasst folgende Aufgabengebiete:
 - 1.1. Personalangelegenheiten, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten,
 - 1.2. Finanz- und Haushaltswirtschaft einschließlich Abgabenangelegenheiten,
 - 1.3. Schulangelegenheiten, Kindergartenangelegenheiten,
 - 1.4. Soziale und kulturelle Angelegenheiten,
 - 1.5. Gesundheits- und Veterinärangelegenheiten,
 - 1.6. Marktangelegenheiten,
 - 1.7. Verwaltung der Liegenschaften der Gemeinde einschließlich der Waldbewirtschaftung, Jagd, Fischerei und Weide,
 - 1.8. Friedhofs- und Bestattungsangelegenheiten
 - 1.9. Fuhrpark
 - 1.10. Badeeinrichtungen
- (2) In seinem Geschäftskreis entscheidet der Verwaltungsausschuss über: die Ernennung, Einstellung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen bei den Stellen

der Sachgebietsleitungen ohne Stellvertretung der Amtsleitung, der Stabstelle des Ersten Beigeordneten mit Funktion des Digitalisierungsbeauftragten, der Stelle der Bauhofleitung, der Stelle der stellvertretenden Bauhofleitung, der Stelle der Leitung der Kläranlage, den Stellen als Leitung von Kindertagesstätten mit mindestens zwei Gruppen, den Stellen als Leitung der Schulkindebetreuung mit mehr als zwei Gruppen, die Stelle der Leitung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) soweit es sich nicht um Aushilfsbeschäftigte handelt.

- 2.1. die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigebigkeitsleistungen von mehr als 2.500 €, aber nicht mehr als 10.000 € im Einzelfall,
- 2.2. die Stundung von Forderungen,
 - 2.2.1. von mehr als 3 Monaten bis zu 12 Monaten für einen Betrag ab 30.000 €,
 - 2.2.2. von mehr als 6 Monaten bis zu einem Betrag von 50.000 €
- 2.3. den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde oder die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall mehr als 2.500 €, aber nicht mehr als 20.000 € beträgt,
- 2.4. die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert von mehr als 50.000 €, aber nicht mehr als 150.000 € im Einzelfall,
- 2.5. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bei einem jährlichen Mietwert oder Pachtwert von mehr als 15.000 €, aber nicht mehr als 30.000 €; bei der Vermietung gemeindeeigener Wohnungen in unbeschränkter Höhe, die Veräußerung von beweglichem Vermögen im Wert von mehr als 50.000 €, aber nicht mehr als 150.000 € im Einzelfall.

§ 8 Technischer Ausschuss

(1) Der Geschäftskreis des Technischen Ausschusses umfasst folgende Aufgabengebiete:

- 1.1. Bauleitplanung und Bauwesen (Hoch- und Tiefbau, Vermessung),
- 1.2. Bauleitplanung und Bauwesen (Hoch- und Tiefbau, Vermessung),
- 1.3. Straßenbeleuchtung, technische Verwaltung der Straßen, Bauhof,
- 1.4. Verkehrswesen,
- 1.5. Feuerlöschwesen und Zivilschutz,
- 1.6. technische Verwaltung gemeindeeigener Gebäude,
- 1.7. gemeindeeigene Gebäude, Sport-, Spiel-, Freizeiteinrichtungen, Park- und Gartenanlagen,
- 1.8. Umweltschutz, Landschaftspflege und Gewässerunterhaltung.

(2) In seinem Geschäftskreis entscheidet der Technische Ausschuss über:

- 2.1. die Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde bei der Entscheidung über
 - 2.1.1. die Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre (§ 14 Abs. 2 Baugesetzbuch - BauGB),
 - 2.1.2. die Zulassung von Ausnahmen und die Erteilung von Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans (§ 31 und 36 BauGB),
 - 2.1.3. die Zulassung von Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplans (§ 33 und 36 BauGB),
 - 2.1.4. die Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 und 36 BauGB),

- 2.1.5. die Zulassung von Vorhaben im Außenbereich (§ 35 und 36 BauGB),
 - 2.2. die Stellungnahmen der Gemeinde zu Bauanträgen nach § 53 Abs. 2 und § 54 Abs. 2 Landesbauordnung für Baden-Württemberg - LBO -16, soweit erhebliche Belange der Gemeinde berührt sind,
 - 2.3. die Entscheidung über die Ausführung eines Vorhabens des Hoch- und Tiefbaus (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von nicht mehr als 150.000 € im Einzelfall,
 - 2.4. planerische Leistungen und Gutachten bei voraussichtlichen Honorarkosten von mehr als 15.000 € bis 50.000 € im Einzelfall, soweit nicht in Nr. 2.3 geregelt,
 - 2.5. Anträge auf Zurückstellung der Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben und auf vorläufige Untersagung gemäß § 15 BauGB, die Erteilung von Genehmigungen und die Entscheidung über allgemein erteilte Genehmigungen nach § 144 BauGB, die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Zusammenhang mit Umlegungen und Sanierungsmaßnahmen im Wert von mehr als 50.000 €, aber nicht mehr als 150.000 € im Einzelfall.
- (3) Der Technische Ausschuss ist zugleich ständiger Umlegungsausschuss gemäß §§136 und 145 ff BauGB. Zu den Sitzungen des Umlegungsausschusses werden ein Vermessungssachverständiger und ein Bausachverständiger als Mitglied mit beratender Stimme zugezogen (DVO zum BauGB).

§ 9 Ältestenrat

- (1) Es wird ein Ältestenrat gebildet, der den Bürgermeister in Fragen der Tagesordnung und des Gangs der Verhandlungen des Gemeinderats berät.
- (2) Das Nähere über die Zusammensetzung, den Geschäftsgang und die Aufgaben des Ältestenrats ist in der Geschäftsordnung des Gemeinderats zu regeln.

§ 9 a Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum

Der Bürgermeister kann notwendige Sitzungen des Gemeinderats, die Gegenstände einfacher Art zum Inhalt haben oder die aus schwerwiegenden Gründen und aufgrund außergewöhnlicher Notsituationen nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden können, nach § 37 a GemO ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum in Form von Videokonferenzen einberufen. Bei öffentlichen Sitzungen muss eine zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton in einen öffentlich zugänglichen Raum gewährleistet sein. Für die Sitzungen der Ausschüsse des Gemeinderats gelten diese Regelungen entsprechend. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

IV. Bürgermeister

§ 10 Rechtsstellung

Der Bürgermeister ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit.

§ 11 Zuständigkeiten

- (1) Der Bürgermeister leitet die Gemeindeverwaltung und vertritt die Gemeinde. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung. Der Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder den Gemeinderat übertragenen Aufgaben. Weisungsaufgaben erledigt der Bürgermeister in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt auch, wenn die Gemeinde in einer Angelegenheit angehört wird, die aufgrund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheim zu halten ist.
- (2) Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
 - 2.1. die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 50.000 € im Einzelfall;
 - 2.2. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und zur Verwendung von bis zu 10.000 € im Einzelfall;
 - 2.3. die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen soweit es sich nicht um die Stellen der Amtsleitung und den Stellen der stellvertretenden Amtsleitung, der Stabstelle Bürgermeister mit Geschäftsstelle Gemeinderat oder den in § 7 Abs 2. S. 1, 1. Hs. 1 aufgeführten Stellen in der Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses handelt sowie Aushilfsbeschäftigte, Beamtenanwärter, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen;
 - 2.4. die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie Unterstützungen und von Arbeitgeberdarlehen im Rahmen der Richtlinien;
 - 2.5. die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigebigkeitsleistungen bis zu 2.500 € im Einzelfall;
 - 2.6. die Stundung von Forderungen im Einzelfall,
 - 2.6.1. bis zu 3 Monaten in unbeschränkter Höhe,
 - 2.6.2. über 3 Monate bis zu 12 Monaten bis zu einem Betrag von 30.000 €,
 - 2.7. den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall nicht mehr als 2.500 € beträgt;
 - 2.8. die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten, im Wert bis zu 50.000 € im Einzelfall;
 - 2.9. Verträge über die Nutzung von Grundstücken, gemeindeeigenen Wohnungen oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 15.000 € im Einzelfall;
 - 2.10. die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 50.000 € im Einzelfall;
 - 2.11. die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Mitwirkung sowie die Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt;

- 2.12. die Zuziehung sachkundiger Einwohner und Sachverständiger zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten im Gemeinderat und in beschließenden Ausschüssen
- 2.13. die Beauftragung der Feuerwehr zur Hilfeleistung in Notlagen und mit Maßnahmen der Brandverhütung im Sinne des § 2 Abs. 2 Feuerwehrgesetz.
- 2.14. die Entscheidung über die Ausführung von Lieferungen und Leistungen und Bauausführungen sowie die Vergabe von Lieferungen und Leistungen und Bauausführungen (Vergabebeschluss) bis zu einer Vergabesumme von 10.000 € im Einzelfall.

V. Stellvertretung des Bürgermeisters

§ 12 Beigeordneter, weitere Stellvertreter des Bürgermeisters

- (1) Es wird ein hauptamtlicher Beigeordneter als Stellvertreter des Bürgermeisters bestellt. Er führt die Bezeichnung Erster Beigeordneter. Die Abgrenzung des Geschäftskreises erfolgt durch den Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Gemeinderat.
- (2) Zur Vertretung des Bürgermeisters können ehrenamtliche Stellvertreter bestellt werden.

VI. Einwohnerversammlung

§ 13 Durchführungsbestimmungen

- (1) In Remshalden findet in der Regel einmal jährlich eine Einwohnerversammlung statt. Der Versammlungsort soll unter den Ortsteilen wechseln.
- (2) Soweit ein Ortsteil in besonderer Weise von einem Thema einer Einwohnerversammlung betroffen ist, soll die Veranstaltung im jeweiligen Ortsteil abgehalten werden.
- (3) Es können öffentliche Gemeinderatssitzungen außerhalb des Sitzungssaals Remshalden in an anderen geeigneten Räumlichkeiten in den Ortsteilen stattfinden.

§ 14 Benennung der Ortsteile

- (1) Das Gemeindegebiet besteht aus folgenden Ortsteilen:
 - 1.1. Buoch
 - 1.2. Geradstetten
 - 1.3. Grunbach
 - 1.4. Hebsack
 - 1.5. Rohrbronn
- (2) Die Namen der in Absatz (1) bezeichneten Ortsteile werden mit dem vorangestellten Namen der Gemeinde und mit diesem durch Bindestrich verbunden geführt.
- (3) Die räumlichen Grenzen der einzelnen Ortsteile nach Absatz 1 sind jeweils die Gemarkungen der früheren Gemeinden gleichen Namens.

VII. Schlussbestimmungen

§ 15 Inkrafttreten

Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Hinweis nach [§ 4 GemO](#):

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO

unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.